

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	60 (1981)
Heft:	7-8
Artikel:	Zuviel Theorie : zu wenig Praxis : eine Auseinandersetzung mit François Masnata
Autor:	Strahm, Rudolf H.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339737

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen Rechtsanwalts Werner Caviezel als Präsident des Mieterverbandes.

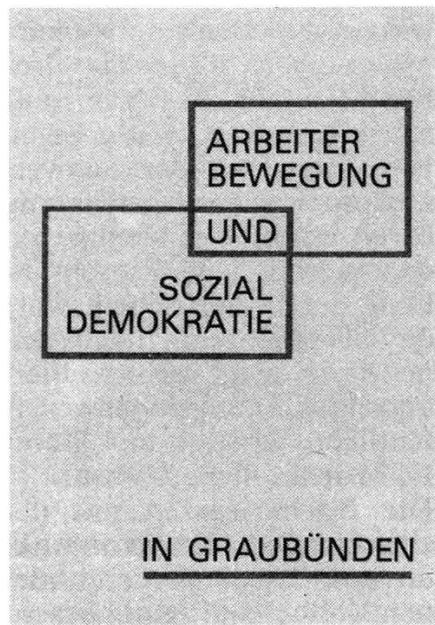
Bekanntlich können führende Partefunktionäre nur erfolgreiche politische Arbeit leisten, wenn sie sich auf ein aktives und gut geschultes Kader und eine ebenso aktive Basis stützen können. Auch dies ist in der Bündner Arbeiterbewegung grösstenteils die Regel. Das Resultat: Stärkung der Partei und Einfluss auch in abgelegenen Tälern, Gründung von neuen Sektionen und Stützpunkten, steigenden Mitgliederzahlen und eine ganze Reihe prächtiger Wahlerfolge.

Ausblick auf die Zukunft

So lassen sich die Zukunftsperspektiven zum 75. Geburtstag der Sozialdemokratischen Partei Graubünden durchaus positiv beurteilen. Zwar warten in den nächsten Jahren noch wichtige und grosse Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auf sie, daneben aber auch ein weiterer intensiver Ausbau der Bildungsarbeit, Vergrösserung eines guten Kaders und weitere Schaffung von Sektionen in bisher unbeeinflussbaren Tälern und damit eine auf dem Boden einer gesunden Realität fussenden Mitarbeit in Gemeindebehörden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Parteiarbeit ist die gute und reibungslose Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Diese ist glücklicherweise in unserem Kanton vorhanden.

So blicken wir denn mit Zuversicht der Lösung unserer Aufgaben entgegen. Der Weg für die Arbeiterbewegung in Graubünden ist manchmal steinig, aber er ist erwiesenermassen gangbar.

Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in Graubünden



Zum 75jährigen Bestehen der SP Graubünden hat Nationalrat Martin Bundi die Geschichte der Arbeiterbewegung in Graubünden zusammengestellt. Herausgeber dieser ersten umfassenden Schrift ist die SP und das kantonale Gewerkschaftskartell. Bundesrat Willi Ritschard hat das Geleitwort geschrieben. Das Buch umfasst ein ausführliches Literaturverzeichnis und im Anhang wird über das Schwerpunkteprogramm der Bündner Kantonalpartei von 1979 berichtet. Bestellungen nimmt die

SP Graubünden
E. Bodenmann
Rätikonstrasse 18
7302 Landquart
entgegen. Preis: 10 Franken.

Rudolf H. Strahm

Zuviel Theorie – zuwenig Praxis

Eine Auseinandersetzung mit François Masnata

«Freunde, Genossen, Ihr, die armen Schlucker aus den Schichtbetrieben, Ihr die Abgestumpften, Ihr, die Ihr die Nase voll habt, Ihr, die Ihr sagt: «natürlich hast Du recht, aber...» – für Euch schreibe ich.» Mit solchem Pathos eröffnet François Masnata seine 90seitige Kampfschrift, die unter dem Titel «Mut zum Handeln» im Z-Verlag, Basel, herausgekommen ist.

Das Buch von François Masnata ist als Beitrag zur gegenwärtigen Debatte um die Revision des SP-Programms gedacht. Es ist deshalb für Sozialdemokraten nicht irgend ein politisches Buch, und so lohnt sich bei dieser Gelegenheit eine Auseinandersetzung mit Masnata mehr als bloss eine Rezension seiner Schrift. Im ersten Teil dieses Beitrags möchte ich allerdings das

Buch auch rezensieren, anschliessend mich aber mit Masnatas Politik auseinandersetzen.

Kritik oft ohne Inhalt

Masnata ist in den letzten zwei Jahren in und ausserhalb der SPS ziemlich ins Gerede gekommen. Ein mutiger, messerscharf denkender In-

tellektueller ist er für die einen; ein Häuptling der verfemten, konspirativen «Groupe d'Yverdon» für die andern.

Sämtliche mir bekannten Mitglieder der «Groupe d'Yverdon» weisen zwar die Unterstellung, dass François Masnata der Inspirator der Gruppe sei, schroff oder gar erbost zurück. Aber dennoch ist der Name Masnata zu einer Art Anti-Figur geworden, oder gemacht worden, denn die Massenmedien scheinen keine politische Meinungsgruppe mehr darstellen zu können, ohne sie vorher mit einem Namen zu identifizieren.

Einige karriereorientierte sozialdemokratische Lokalpolitiker haben nicht wenig dazu beigetragen, durch gehässige Angriffe die Anti-Figur Masnata hochzuschaukeln; und dies nicht ohne den Hintergedanken, selber bei diesem Personenkreis auch noch ein bisschen höher geschaukelt zu werden...

Die Kritikinhalte und die Polemik gegen Masnata verhalten sich etwa umgekehrt proportional: je weniger man sich mit den inhaltlichen Vorstellungen Masnatas auseinandersetzt, desto gehässiger trägt man die Angriffe gegen ihn vor.

Masnatas Argumentationslinie

Viele Gedankengänge in Masnatas Buch «Mut zum Handeln» sind nicht neu. Manche finden sich im Entwurf zum neuen Parteiprogramm, an dem Masnata mitgewirkt hat. Einige sind nun etwas ausführlicher in seiner Schrift dargestellt, allerdings ohne dabei mehr Klärung zu bringen. Der schönste, viel-

leicht lesenswerteste Text im ganzen Buch steht am Anfang: Das Vorwort von Otto F. Walter, der mit seinen Überlegungen («Woran denken Sie beim Wort Sozialismus?») den Leser dort abzuholen vermag, wo er steht. Wie sieht nun, in groben Zügen, Masnatas Argumentationslinie aus? Er beginnt bei einer täglichen Erfahrung vieler Linker, nämlich beim Überdruss von der verkrusteten politischen Landschaft (die Zürcher würden jetzt sagen: von dem Packeis). Er setzt sich mit dem Begriff des «Staates» auseinander, geht der Krise des Staatsverständnisses nach, der Zentralisationstendenz, der Bevormundung durch den Staat. Für ihn hat der soziale Reformismus der Sozialdemokratie bei der Bildung eines bürgerfremden, anonymen Sozialstaatsgebildes auch mitgeholfen. Er wiederholt seine alte These, wonach der Föderalismus bei uns als Hort der konservativen Kräfte gebraucht oder missbraucht wird, eine These, die übrigens in der dem Föderalismus eher zugeneigten Romandie unkonventioneller tönt als bei uns in der deutschen Schweiz.

Von der Darstellung der Übermacht der staatlichen Bürokratie, der Entfremdung und Einengung des einzelnen gelangt er zu seiner utopischen Vision als Ausweg: Zur «alt-neuen Idee» der Selbstverwaltung.

Seine Darstellung und Konzeption von Selbstverwaltung lehnt sich stark an die Optik des Programmentwurfs an. Das ist durchaus logisch, hatte doch Masnata an der Ausarbeitung des Programmentwurfs wesentlichen Anteil. Die Stärke des Konzepts der Selbstverwaltung liegt meines Erachtens darin, dass man den Programmentwurf gar

nicht zu lesen braucht, um über Selbstverwaltung zu diskutieren. Dessen Schwachpunkt liegt allerdings dort, wo die Modelle konkret dargestellt, die Wege dazu aufgezeigt, die Methodik erläutert werden sollten.

Hier hätte Masnata mit seiner Schrift die Möglichkeit gehabt, diese Praxislücke der Selbstverwaltung zu füllen, pädagogische Fälle zur Vertiefung zu verwenden und Handreichungen für Zweifler zu geben. Statt dessen bringt er – typisch für einen Politologen – zwanzig Seiten lang (über fast ein Viertel des Buches hinweg) einen Fragen-Antwort-Katalog mit einer rhetorisch sicher brillanten, aber dem Zweifler kaum hilfreichen Apologetik der Selbstverwaltungsidee. Die meisten Menschen lernen induktiv, also vom einsichtigen Fallbeispiel zur allgemeinen Einsicht, und nicht deduktiv entlang theoretischer Argumentationslinien.

Hautnah für Sozialdemokraten wird Masnata im letzten Kapitel mit seinen Handlungsvorschlägen. Masnata fordert «neue Formen des Kampfes, der Revolte und des Protestes». Er zählt sie auf: Kampf der Frauen, Kampf gegen die Vernichtung von Wohnraum, ökologischer Kampf und so fort. Zu recht bemerkt er, «dass die traditionelle Linke nachhinkt». (Wir kommen auf diesen wichtigen Punkt zurück.) Die Sozialdemokratie ist für Masnata festgefahren in der Systemlogik des bürgerlichen Staates, mit ihren drei Sackgassen Arbeitsfriede, zunehmende Staatseingriffe (oft als barmherziger Samariter) und Bundesratsbeteiligung. Scharf rechnet er mit dem gouvernementalen Flügel der Partei und seinen Exponenten ab, denunziert hartnäckig

die «Notabeln» und deren «Strebertum und Opportunismus». An diesem Punkt vielleicht, dort wo er das Aufsteigertum in der SPS denunziert, drückt er durchaus eine bei einer breiten Mitgliederbasis anzutreffende Meinung aus. Seine Gegner liefern ihm leider oft allzu leicht noch die Bestätigung dazu.

Um die SPS von ihren Fesseln zu befreien, müsste es neben den Wahlen, so Masnata, auch andere Aktionsmittel geben, müsste die SP-Presse gefördert werden, müsste ein SP-eigenes Legislatur-Programm vorgesehen werden, was es schon gibt, und zwar zugänglich in einer Broschüre, die sich allerdings sehr schlecht verkauft. (Weitere Vorschläge Masnatas siehe Kasten.)

Soweit einige ausgewählte Argumentationslinien im Buche Masnatas. Hier würde nun die Rezension wahrscheinlich zu Ende sein, vielleicht geschmückt mit einer generellen, stichwortartigen Benotung durch den Rezessenten und mit dem üblichen Hinweis, dass der Kauf des Buches dem Leser angegängtlich empfohlen sei...

Theorie ohne Praxis

Ich habe eingangs gesagt, dass ich mich nicht mit einer Rezension begnügen, sondern – gerade weil ich ihn ernst nehme – anhand seines Buches *und* seiner Praxis eine Auseinandersetzung mit der Politik Masnatas und der Groupe d'Yverdon in der SP beginnen möchte. François Masnata versteht sein Buch als Handlungsanleitung («Mut zum Handeln»), als eine Theorie der politischen Praxis in der SP. Dieser An-

spruch geht vom ersten bis zum letzten Abschnitt aus seiner Schrift hervor.

An seinem eigenen Anspruch, an seiner Praxis, beurteile ich nun auch seine Theorie. Haben Masnata und seine Getreuen als parteiinterne Gegenmacht das anzubieten und Erfolge in der Richtung vorzuweisen, in der sie sich selber ernst nehmen?

Entscheidend ist als Beurteilungsmassstab die Frage: Bringt diese Praxis, dieser «Mut zum Handeln», die Partei auf einen klareren, effizienteren, konfrontationsorientierten Kurs? Wird die Partei dabei attraktiver, alternativer, mobilisierender? Und dazu möchte ich die Antwort gleich vorwegnehmen. Sie tönt hart, aber sie lautet: nein.

Innter Kräfteverschleiss

In Masnatas Buch ist rechts von der SP praktisch kein Gegner mehr genau lokalisiert. Keine Analyse des bürgerlichen Gegners, keine Darstellung von Kampfformen für die Auseinandersetzung mit dem Bürgertum, mit Konzernen, mit Banken, mit bürgerlichen Parlamentariern oder schlicht mit konservativen Vorurteilen. Was rechts von der SP ist, ist politisches Ödland. Vergegenwärtigen wir uns zum Beispiel die neokonservative intellektuelle Offensive im universitären Bereich: Die zugegebenermassen zum Teil originellen, aber reaktionären Ideen aus den konservativen «Think Tanks» (Denkfabriken) in Amerika und anderswo. All das ist für den Politologen Masnata und seine Parteilinke kaum existent. Ihr Aktionsfeld erstreckt sich bis zur

SP und nicht weiter nach rechts.

Die Feststellung ist zweifellos richtig, dass sich die Partei zuwenig mit sich selber befasst und zuwenig Kräfte für die interne Bildung, Belebung, Theorieaufarbeitung und Linienklärung in Sachfragen einsetzt. Aber diese Art von «Partei-intern-Politik» soll und darf nur in Verbindung mit der «Partei-extern-Politik» betrieben werden. Nur wer im Clinch mit dem Bürgertum steht, kann auch parteiintern wirksame Akzente setzen.

Aus diesen Überlegungen heraus halte ich Masnatas «Theorie der politischen Praxis» für gefährlich und schädlich, denn eine ganze Generation jüngerer linker Genossinnen und Genossen in der Partei wird auf das parteiinterne Gerangel trainiert, in zermürbenden Strategiesitzungen vor Parteitagen etwa verbraucht und auf Machtproben und -pröbchen fixiert: Die interne Konfliktmechanik wird zur alleinigen politischen Logik; das interne Gerangel wird zur Politik überhaupt.

Die ständigen Debatten um Regierungsbeteiligung, Arbeitsfrieden und Reformismus fixieren die Kräfte aufs «Anti», anstatt aufs «Anders».

Historisch reflektierte Reformismuskritik ist gewiss nötig, weil sie gegen die Integration in die bürgerliche Systemlogik immunisiert, aber als ständige parteiinterne Diskussionswaffe erzeugt sie nur Abwehr und Barrikaden, das sogenannte «Anti-POCH-Syndrom» bei jenen, an welche diese Kritik eigentlich adressiert wäre. Das ist ein gefährlicher Verschleiss, reibt Kräfte auf und lässt die Machtzentren in der Partei im Endeffekt unangetastet.

Verpasste Kampfformen

«Neue Formen des Kampfes, der Revolte, des Protestes...» fordert auch Masnata. Er zählt stichwortartig auf, was das politische Lexikon darunter aufführen würde: Frauenbewegung, Mieter, Ökologiebewegung, Konsumentenaktionen. Mit der Aufzählung aber hat es sich. Das fast vollständige Ausbleiben der Reflexion zu diesem Thema lässt sich nur dadurch erklären, dass dem Autor die entsprechende Praxis fehlt.

Ich stimme mit Masnata überein, wenn er bemerkt, dass der «Elektoralismus» (gemeint sind die staatlichen Aktivitäten der Partei) durch diese neuen, ausserstaatlichen Aktivitäten gleichwertig ergänzt werden müsste. Die neuen wichtigen Probleme der Gegenwart schlagen sich erst verspätet in den Parla-

menten nieder. Wenn die «Berner Mechanik» für ein neues Thema in Gang kommt, ist ausserhalb der traditionellen Parteien schon sehr viel gelaufen.

Menschen werden heutzutage in ihrem politischen Wertesystem nicht verändert oder beeinflusst durch die politischen Parteien oder durch irgendwelche Programmatik. Wo Menschen verändert werden, geschieht es durch neue Formen der politischen Arbeit und der politischen Subkultur: im Zusammenleben, in Basisgruppen, Wohngemeinschaften, Bürgerinitiativen, in der Alternativbewegung, bestenfalls noch durch Beteiligung in einer Gruppe im Arbeitsbereich, also in einer Gewerkschaftsgruppe. Für die Sozialdemokratie ist es eine der wichtigsten gegenwärtigen Aufgaben, die Bedeutung und den historischen

Stellenwert dieser neuen Politisierungsformen einzubeziehen: «Die Ökologiebewegung ist eine der Arbeiterbewegung vergleichbare Jahrhundertbewegung, aber aufgrund der heute völlig veränderten Klassenverhältnisse äussert sie sich in sehr vielgestaltiger, pluralistischer und nicht gerade immer in sehr zusammenhängender Weise», schreibt Josef Huber in seinem Buch «Wer soll das alles ändern» (Rotbuch Verlag 1980).

«Neue Formen des Kampfes, der Revolte, des Protestes...» fordert Masnata in seiner Schrift. Aber genau dafür fehlen in seinem Buch Hinweise, Handlungsanleitungen, Erfahrungen, ja, es fehlt die ganze Theorie solcher Praxis. Genau das vermisst man auch bei der «Groupe d'Yverdon», und deswegen wird diese Meinungsgruppe trotz wort-

Masnatas Vorschläge für die Belebung der SPS

- Wir müssen Arbeitern ihre Möglichkeit zum Denken und Kämpfen zurückgeben.
- Dem Elektoralismus den Rücken kehren.
- Ein SP-eigenes Legislaturprogramm vorsehen.
- Für Volksvertreter: Amtszeitbeschränkung auf höchstens 12 Jahre.
- Wahl der Parteileitung: Die Mitglieder der Geschäftsleitung dürfen keine eidgenössischen Volksvertreter sein, außer einem oder zwei, um die Information zu gewährleisten (in beide Richtungen bitte). Der Präsident, dessen Amtszeit beschränkt sein soll (auf vier bis sechs Jahre, das steht zur Diskussion), muss von der Partei entschädigt werden.
- Absolute Anerkennung des Rechts, Tendenzen zu bilden.
- Nur der Parteitag darf für

die wichtigen politischen Beschlüsse (wie Bundesratsbeteiligung und Ernennung der Kandidaten) zuständig sein.

- Die Rolle des Parteivorstandes (vermittelndes Organ zwischen Parteitag und Geschäftsleitung) soll im Sinne einer Verstärkung seiner Macht überprüft werden.

- Der Begriff «Aktivist» hat sich abgenutzt. Warum nicht beispielsweise eine Sympathantenkarte herausgeben?

- Der Parteitag muss besser funktionieren.

All diese Vorschläge und Ideen verfolgen gewisse Ziele:

- der sozialistischen Idee wieder Sinn geben;
- mit dem Elektoralismus brechen;
- die Politik entprofessionalisieren;
- die Partei im Sinne der

Selbstverwaltung demokratisieren;

- die Kämpfe auf anderen Gebieten führen, als auf dem der Wahlen;
- die Partei zur sammelnden Kraft der pluralistischen Linken machen;
- die Partei dem Alltag der Arbeitswelt öffnen.

Der gemeinsame Dialog und die gemeinsame Arbeit (von SPS mit Linksparteien wie POCH und SAP/RML) können verschiedene Formen annehmen:

Erstens: Bildung einer nationalen Selbstverwaltungs-Front (mit einem Minimalprogramm)...

Zweitens: Definition von kurzfristigen, präzisen und punktuellen Zielen und gemeinsamen Aktionen.

reicher Rhetorik lendenlahm bleiben.

Ich habe während eines Jahrzehnts selber bei der Mobilsierung einer entwicklungs-politischen Bewegung in der Schweiz Erfahrungen gesammelt. Nichtverbale und symbolische Aktionen waren dabei viel wirksamer als theoretische und programmatische Auseinandersetzungen: zum Beispiel Kaffee oder Jutesäcke verkaufen, Mitarbeit an einem Dritte-Welt-Laden, Lebensstilfragen im praktischen Bereich («Dritte-Welt in unserer Küche»), Kritik bestehender und Erarbeitung neuer Kinder- und Schulbücher. Die Multikritik wird auf konkrete Aktionen gerichtet: zum Beispiel der Nestlé-Prozess (dessen Spätwirkung nach 7 Jahren in einem WHO-Kodex über Babynahrungswerbung besteht), der Mirow/BBC-Prozess, der Migrosfrühling usw.

Die entwicklungspolitische Bewegung begnügte sich nicht mit dauerndem Gerangel mit den etablierten Entwicklungsinstitutionen. Die Auseinandersetzung mit den Etablierten führte sie auch, aber sie versetzte sie mit immer neuen, originellen und mobilisierenden Aktionen in Zugzwang. Hätte diese Bewegung mit einer derartigen Selbstzerfleischung gearbeitet wie die «Groupe d'Yverdon» innerhalb der Partei, wäre sie heute nicht in der Lage, dreitausend Leute für ein «Symposium der Solidarität» zu mobilisieren und darüber hinaus ihre Referendumsfähigkeit zu proklamieren. Mit dem «Anti» allein mobilisiert man keine Gegenmacht.

Die Atomenergiegegner, die Mieterbewegung, die Umweltgruppen könnten wahrscheinlich gleiche Erfahrungen ins Feld führen...

Tragisch, dass die SP kaum

Strukturen anbieten kann, die solche ausserparlamentarische politische Arbeit innerhalb der Partei ermöglichen. Tragisch auch, dass ein Politologe und Denker wie François Masnata die intellektuellen und organisatorischen Potenzen der Pateilinken eher von solcher Basisarbeit wegführst statt sie in diese hineinzuführen (wenn er auch deren Wert anerkennt).

Tragisch auch, dass die «Groupe d'Yverdon» nur eine Anti-Partei in der Partei ist, aber im übrigen keine alternative politische Kultur aufzieht. Mehr Zugzwang mit Alternativen anstelle von oder verbunden mit der Konfrontationspolitik wäre nützlicher.

Programmfetischismus

Als vielversprechendes Lichtzeichen am Horizont des Par-

Masnata über die «Notabeln»

(Auszüge aus dem Buch)

«Es gibt bei gewissen sogenannten Linken und bei nicht wenigen sozialdemokratischen Notabeln die Tendenz zu glauben, die «Basis» interessiere sich für nichts. Das ist nichts anderes als ein Pfuhl der Faulheit für sie, der es ihnen erlaubt, sich in Vereinfachungen zu suhlen und ihre intellektuelle Dekadenz und Mandatsvermehrung zu rechtfertigen. Wenn Du mich nicht verstehst, so war ich nicht klar genug. Also lass es mich wissen. Das Gespräch ist wichtig, auch wenn es manchmal schwierig ist.» (Seite 54)

«Die Sozialdemokratische Partei gehört nicht jenen, die sie als Sprungbrett für ihre persönliche Karriere benutzen.

Sie hat eine historische Verantwortung. Gegenüber der Restrukturierung des Kapitalismus muss und kann sie eine glaubhafte Alternative für die Mehrheit des Schweizervolkes anbieten.» (Seite 77)

«Aber wie im Falle der SPS hat die Wahl der politischen Mittel des Gewerkschaftsbundes (war das wirklich eine Wahl?) eine drastische Veränderung seiner Organisationsstruktur bewirkt: eine zunehmende Bürokratisierung des Gewerkschaftsapparates – ein schwerfälliger, kostspieliger und schlecht funktionierender Apparat, der nicht mehr in der Lage ist, schnell zu reagieren; das Aufkommen einer Kaste von Gewerkschafts-Notabeln, die mit Arbeitgebern und

Staat *im Namen des Arbeiters* auf höchster Ebene verhandeln. Diese Notabeln reproduzieren die «liberale» Logik der Machtdelegation, der Autonomie-Illusion der Wirtschaft und treten fast immer als «neues Kleinbürgertum» auf. Der Graben, der sich zwischen der Basis und der Führung aufgetan hat, verstärkt die Apathie der Arbeiter, für die die Gewerkschaften eine Art All-risk-Versicherung geworden sind. Im gleichen Masse haben Demobilisierung, Entmündigung und Entpolitisierung zugenommen. Viele verantwortliche Gewerkschafter bekunden Schwierigkeiten, ihre Basis zu mobilisieren. Ein Teufelskreis: Sie nehmen diese Schwierigkeiten zum Vorwand, um ihre Basis noch weniger zu mobilisieren.» (Seite 87)

teihimmels betrachtet Masnata die laufende Programmrevision, als weiteres die klare Plattform der «Groupe d'Yverdon». Für ihn soll die Debatte um die Programmrevision, so sagte er uns mündlich, zu einer Linienklärung, zu einer machtpolitischen Ausmarchung führen. Welche Gläubigkeit an die Kraft von Programmen! Welcher Programmefetischismus! Welches Fehlurteil, dass klare Programme auch Klarheit in den Köpfen und klare Linien in der Politik herbeiführen!

Programme verändern weder Menschen noch Institutionen. Programme dienen eher der Fixierung bereits erarbeiteter und verinnerlichter Konsenspunkte. Man könnte durchaus an einem Parteitag ein luppenreines Selbstverwaltungskonzept als neues Parteiprogramm durchboxen. Aber eine konkrete historische Wirkung hätte es so lange nicht, als die politischen Akteure gar nicht wissen, was Selbstverwaltung nun ganz konkret in ihrem eigenen Handlungsräum heißen soll. Die einzige, eher traurige, historische Nachwirkung könnte eine Parteispaltung sein.

Der Programmefetischismus verkennt auch die Breite und Vielfalt der soziologischen Basis der Sozialdemokratie. Wenn sich Parteimitglieder aus so vielen Bereichen rekrutieren: aus dem sekundären *und* dem tertiären Sektor, aus dem öffentlichen *und* dem privatwirtschaftlichen Bereich. Wenn die Motivation von proletarischem Klassenzugehörigkeitsgefühl bis zum bildungsbürgerlichen Alternativ- und Umdenken reicht, dann ist eine einheitliche, klare Programmatik ohnehin erschwert. Ich neige deshalb dazu, dass sich ein neues SP-Parteiprogramm auf ein bis zwei Dutzend allgemein ak-

zeptierter Leitsätze im Sinne von klaren Konsensthesen über die sozialdemokratischen Grundwerte beschränken sollte und dass die Ausdeutschung und Konkretisierung in umfangreichen pädagogischen Materialien präsentiert werden sollte. (Vorbild: die Leitsätze und Zielvorstellungen zur «Neuen Schweiz» von 1942, die auf 16 Seiten eines Kleinstbroschürcdens Platz fanden.)

Programm-Pädagogik

Eine solche Art von *wortkarger Programmatik, verbunden mit wortreicher didaktischer Pädagogik, würde in der Partei eine viel wirksamere «Li-*

nienklärung» herbeiführen, als eine Machtprobe um schwerfällige und langfädige Programmtextheiten fertig bringen könnten – das ist zugegebenermaßen meine persönliche Meinung. Die Programmdebatte der zukünftigen Monate sollte vorab eine Klärung über die Prozedur des weiteren Vorgehens herbeiführen.

François Masnatas Buch ist zu dieser Klärung ein nützlicher Beitrag. Aber ich hoffe, dass neben den Gedanken Masnatas auch die Perspektiven eines André Gorz, eines Erhard Eppler und Johano Strasser, aber auch die Gedanken, wie sie im NAWU-Bericht dargelegt sind, einen ebenso wichtigen Beitrag leisten.

Ernst Laub

Selbstverwaltung und... ...die Gemeinwirtschaft

Ein Beitrag zur Programmrevision

Eigentlich sollte es keinem Sozialdemokraten und auch keinem Gewerkschafter Mühe bereiten, sich voll und ganz hinter die Forderung nach Einführung der Selbstverwaltung – nicht nur auf politischer und gesellschaftlicher Ebene, sondern auch im Bereich der Wirtschaft – zu stellen. Selbstverwaltung ist ohne Zweifel wünschbar. Sie ist die zeitgemäße Antwort an das Kapital, die Quittung für dessen unkontrollierte und unkontrollierbare Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Selbstverwaltung allein kann die Diktatur des

Profits und der Sachzwänge aufheben.

Mit dieser Feststellung der Wünschbarkeit haben wir allerdings die Frage der politischen Machbarkeit der Selbstverwaltung nicht beantwortet. Sicher ist es richtig, ganz allgemein und auf dem üblichen Weg (ich denke an Volksinitiative/Vorstösse im Nationalrat sowie an eine Volksabstimmung) die Einführung eines umfassenden Selbstverwaltungssystems zu verlangen. Ebenso sicher ist es aber, dass wir auf diesem Weg kaum Aussicht auf Erfolg haben werden, denn ich